

Die Ampel lässt Kassenpatienten hängen

VON ANTJE HÖNING

So viel ist schon jetzt klar: Für Kassenpatienten wird es richtig teuer. Beim Beitrag für die Pflege- und beim Zusatzbeitrag für die Krankenkasse droht 2025 ein Beitragsschub. Das hat viele Gründe. Mit dem Wechsel der Babyboomer in den Ruhestand nimmt die Zahl der Kranken- wie Pflegefälle zu. Das zu organisieren und finanzieren, wird ein Thema der nächsten Jahrzehnte. Kurzfristig machen sich gestiegene Energie- und Personalkosten sowie die Konjunkturlaute bemerkbar, die auf die Beitragseinnahmen drücken. Ein großes Ärgernis sind die politischen Gründe für den Beitragsschub. Die Ampel lässt Kassenpatienten – also Arbeitnehmer und Rentner – ebenso hängen wie die Arbeitgeber. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach schafft es nicht, die Gelder beim Finanzminister lockerzumachen, die nötig sind, um die vielen versicherungsfremden Leistungen zu finanzieren.

So müssen Beitragszahler für die Rentenbeiträge pflegender Angehöriger ebenso aufkommen wie für die Pflege-Sonderausgaben aus der Corona-Zeit. Dabei sind das Lasten, die alle – auch Beamte, Pensionäre und Selbstständige – mittragen müssten. Das gilt erst recht für die Krankenkassenbeiträge der Bürgergeld-Empfänger. Dass der Bund diese stärker übernimmt, steht sogar im Koalitionsvertrag. Aber Lauterbach kann diese Forderung bei Lindner nicht durchsetzen. Der SPD-Politiker verweist dann gerne auf den angespannten Bundeshaushalt. Was ist das für ein Argument? Sollen die Kassenpatienten dafür zahlen, dass Lauterbach die politische Durchsetzungskraft fehlt und der Ampel insgesamt die Kraft, Prioritäten zu setzen? Anstatt Chiphersteller und Meyer-Werft zu subventionieren, sollte die Ampel dafür sorgen, dass alle für versicherungsfremde Leistungen aufkommen. Kassenpatienten und Unternehmen sind nicht die Melkkühe des deutschen Sozialstaats.

Überraschend optimistische Jugend

VON JAN DREBES

Die Shell-Jugendstudie ist ein Seismograf für die Stimmung junger Menschen im Land. Und das, was nun bei der mittlerweile 19. Auflage herauskam, überrascht in einigen Punkten, und zwar positiv. Denn angesichts der vielen Unsicherheiten in der Welt und der teils aufgeheizten politischen Stimmung in Deutschland könnte man ja zum Eindruck kommen, dass da eine schwarzsehende Generation heranwächst. Doch trotz vieler Sorgen und Probleme gibt die Jugend sich betont optimistisch und zuversichtlich. Und das ist doch mal ein schöner Befund.

Mehr als 2500 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen zwölf und 25 Jahren wurden für die Shell-Studie befragt. Mit Blick auf den weiter anhaltenden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die zunehmenden Eskalationen im Nahen Osten ist es nicht verwunderlich, dass die jungen Menschen unter einer weit verbreiteten Kriegsangst leiden. Die Sorglosigkeit früherer Generationen jedenfalls ist hinüber, zumal da ja noch der immer schneller voranschreitende Klimawandel ist.

In Zeiten solcher Verunsicherung kann es nicht überraschen, dass die Studienautoren bei den jungen Menschen mehr Empfänglichkeit für Populismus festgestellt haben. Wenn nun vor allem bei jungen Männern eine stärkere Verbreitung rechter Einstellungen beobachtet wird, muss das Politik und Gesellschaft alarmieren. Zugleich ist es beruhigend, dass es bislang noch keinen echten Rechtsruck gibt bei jungen Menschen. Doch das ist kein Selbstläufer. Bund und Länder müssen mit wirksamer Industriepolitik, einem guten Bildungssystem und einer generationengerechten Sozialpolitik dafür sorgen, dass junge Menschen eine Perspektive sehen in Deutschland. Nur dann werden weitere junge Generationen so stabil bleiben, wie es die aktuelle Generation offenbar mehrheitlich ist.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE An die Menschen in der Politik werden heute zum Teil unerfüllbare Ansprüche gestellt: ständige Erreichbarkeit, Präsenz in allen Medien, hinzu kommen harte Angriffe und Anfeindungen. Das geht auch anders.

Ein brutales Geschäft

VON MARTIN KESSLER

In ihrem neuesten Roman „Glück“ beschreibt die Autorin Jackie Thomae eine fiktive junge Politikerin, die begabt und erfolgreich ist, sich aber die ganze Zeit selbst massiv unter Druck setzt. Dazu führt sie permanente Interviews mit sich selbst, um sich zu testen. Das extrem selbstkontrollierte Leben wird zum reinen Stress.

Die Entsprechung in der Realität könnte der zurückgetretene SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert (35) sein. Der genaue Grund für sein vorübergehendes Ausscheiden aus der Politik ist zwar nicht bekannt. Aber vieles deutet darauf hin, dass sich der Sozialdemokrat mental übernommen hat. Wie eine Dokumentation eindrücklich zeigt, war er von morgens früh bis abends spät darauf bedacht, zu allen relevanten Themen Stellung zu beziehen, das Gesicht seiner Partei zu werden, seine Inhalte wirksam unter die Leute zu bringen. Das hält auf Dauer niemand aus.

Ist Politik in Zeiten einer allgegenwärtigen Präsenz, einer hohen Reaktionsgeschwindigkeit in sozialen Medien und einer umfassenden Kommunikation und Netzwerkaktivität ein so brutales Geschäft geworden, dass es die Menschen verschleißt und damit sogar unsere Demokratie beschädigt? Der frühere SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz beantwortet diese Frage ganz klar mit Ja. Die Belastung in der Politik gehe häufig „über das Maß des Erträglichen hinaus“, sagte er unlängst in einem „Spiegel“-Interview.

Vorbei die Zeiten, dass ein Bundeskanzler namens Konrad Adenauer, hoch in den achtziger Jahren seines Lebens, seelenruhig am Comer See Boccia spielen konnte, obwohl sein Land geteilt war und sich zwei feindliche Blöcke mit einer entsetzlichen nuklearen Zerstörungsgewalt gegenüberstanden.

Über vier Wochen dauerten die Auszeiten. Lediglich ein Fernschreiber stand in seiner Unterkunft, wenn doch etwas Unvorhergesehenes passieren sollte.

Der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble widmet sich in seiner Biografie, die kurz nach seinem Tod 2023 erschien, ganz anders dem Beruf des Politikers. Er beschreibt ihn als hart, kräftezehrend und familienfeindlich. Und zugleich fügt er hinzu, dass die dauernde Erreichbarkeit, die sofortige Reaktionsbereitschaft und der öffentliche Druck in einer Weise zugenommen hätten, die Politik unmenschlich mache.

„If you can't stand the heat, get out of the kitchen“ („Wenn du die Hitze nicht aushältst, geh aus der Küche!“) soll der frühere US-Präsident Harry S. Truman schon 1942 gesagt haben. Politik ist danach eben nur etwas für Hartgesottene, Belastbare und Unerschütterliche. Da ist sicher etwas dran. Aber verlangt eine Demokratie nicht gerade, dass Menschen aller Charaktere und Begabungen in den entscheidenden Gremien wie Parlament und Regierung vertreten sind? Wenn nur die Stärksten und Rücksichtslosesten sich durchsetzen, läuft etwas falsch.

So weit ist es noch nicht. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Michael Roth (SPD), ein vehementer Unterstützer der von Russland angegriffenen Ukraine, suchte wegen mentaler Überbeanspruchung eine Auszeit und erhielt sie auch. Die neue Chefin des nach ihr benannten Bündnisses Sahra Wagenknecht redete als Abgeordnete der Linken ganz offen über ihren Burnout. Und der umtriebige Linken-Star Gregor Gysi führte seinen Herzinfarkt auf die ständige Beanspruchung und Dauerpräsenz seiner Person zurück. Aus dem Amt des Wirtschaftssenators in Berlin floh er förmlich, weil er kein durchgetaktetes Leben führen wollte.

Die Auswahl belegt: Der Politikbetrieb fordert seine Opfer. Von früh am Mor-

gen um 7 Uhr bis oft spät in die Nacht nach 23 Uhr stehen an wechselnden Orten, bei Spitzenpolitikern oft auf verschiedenen Erdteilen, Termine an. Mit ausländischen Partnern, Medienvertretern, Personen aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft, Reden vor vielen Leuten, Umgang mit Wählerinnen und Wählern vor Ort. Dazu die vielen Kontaktaufnahmen von besorgten, aber auch allerhand aggressiven und wich-

INFO

Der Bundestag – ein fleißiges Parlament

Transparenz In der Vergangenheit haben einige Politiker Einblicke in ihren Terminkalender gegeben oder TV-Teams sie über ganze Tage begleiten lassen. Der bekannteste Fall ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Christian von Stetten. Ihn begleitete ein Fernsichteam 36 Stunden lang.

Arbeit Die Bundestagsabgeordneten gelten als sehr fleißige Parlamentarier. In der vergangenen Legislaturperiode (2017–2021) wurden 941 Gesetze in den Bundestag eingebracht, wovon 541 verabschiedet wurden. In der laufenden Wahlperiode seit 2021 wurden bislang 575 Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht. Davon sind inzwischen (Anfang Oktober 2024) 272 Gesetze im Bundesgesetzblatt verkündet worden.



Kevin Kühnert trat als SPD-Generalsekretär zurück. FOTO: IMAGO

tiguerischen Personen. Von Ministern und Regierungschefs werden solche Personen abgehalten, aber Abgeordnete und Politiker mit weniger Abschottung müssen hinnehmen, dass ihre Zeit von anderen förmlich aufgefressen wird.

Die Zeit zum Regenerieren wird kürzer, es stellt sich Schlafmangel ein. Probleme richtig zu durchdenken und mit geeigneten Gesprächspartnern zu erörtern, dazu fehlt oft der Rückzugsraum. Für die Familie ist regelmäßig kein Platz. Stattdessen dominiert die Einsamkeit – oder die Verlockung durch Alkohol und Drogen oder die Flucht in Affären außerhalb der Partnerschaft. „In Berlin würde ich zum Trinker, vielleicht auch zum Hurenbock“, drückte es der FDP-Politiker Wolfgang Kubicki einmal recht derbe aus.

Andererseits wird niemand in die Politik gezwungen. Und keiner muss omnipräsent sein und darf auf keiner Party fehlen. Es gilt auch hier das Prinzip der Selbstverantwortung. Wer sich körperlich fit hält, auch mal Nein sagen kann, keine Angst davor hat, mal danebenzuliegen, oder sich nicht verstellt, hat durchaus Chancen, die vielfältigen Fallen des Politikbetriebs zu umgehen. Es gehören viel Selbstdisziplin und Zielstrebigkeit, natürliche Begabung, Redetalent, Organisationsfähigkeit und auch eine gewisse Robustheit dazu, erfolgreicher Politiker oder erfolgreiche Politikerin zu sein. Ein geordnetes Umfeld im Privaten und die Fähigkeit, sich im hektischen Alltag auch mal Auszeiten und Erholungsphasen zu gönnen, sind ebenfalls wichtig.

Im Roman „Glück“ sind es vor allem die notorische Gefallsucht und die Unsicherheit der eigenen Wirkung, die der Hauptperson das Leben zur Hölle machen. Im Fall Kühnert ist es vielleicht der unbändige Wille, den so humanitären Ideen einer strachehenden Partei wieder neues Leben einzuhauchen, der den Hochbegabten scheitern ließ. Politik ist aber nie so wichtig, dass man darüber die eigene Gesundheit vernachlässigen sollte. Denn unersetzlich ist niemand.

WISSENSDRANG

Vergangene Woche machte eine Nachricht die Runde: Der Bürgermeister von Plettenberg hatte ein Kaktusverbot für alle öffentlichen Gebäude erlassen. Journalisten fanden das „kurios“. Das Verbot liegt aber voll im internationalen Trend der Safe Spaces. Wie der englische Soziologe Frank Furedi schon vor der Pandemie diagnostizierte, nimmt das Bedürfnis nach Sicherheit seit Jahrzehnten zu. Sicherheit, so Furedi, ist zum dominierenden Wert der Gesellschaft geworden. Die Eigenverantwortung des Einzelnen im Umgang mit Kaktus und anderen Dingen erscheint im Vergleich dazu als negativer Wert – als Sicherheitsbedrohung. Erinnern Sie sich, wie während der Pandemie mit jenen umgegangen wurde, die darauf bestanden,

Kakteen und andere Risiken

Überall werden Gefahren gesehen. Die Gesellschaft huldigt einem Sicherheitskult.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

dass es neben der Vermeidung möglicher Ansteckungen auch noch andere Dinge zu berücksichtigen gilt, wie die Wirtschaft, die freie Entwicklung und Erziehung der Kinder und die Möglichkeit, sich frei mit anderen auszutauschen? Oder schlimmer noch: die sich sogar über Sicherheitsdenken lustig machten, wie zum Beispiel „Alles dichtmachen“?

Heute werden die Freiheitseinschränkungen während der Pandemie viel kritischer gesehen. Das führt aber nicht dazu, dass der Sicherheitskult insgesamt infrage gestellt wird. Der Bürgermeister von Plettenberg ist wohl zu der tiefen Einsicht gelangt, dass Regierungen in dem Maße als vertrauenswürdig und erfolgreich gelten, in dem sie sich zur Sicherheit als oberster Aufgabe bekennen. Wenn

Karl Lauterbach Minister wird, warum dann nicht auch ich? Die Pandemie ist zwar vom Tisch, aber man muss sich nur umschauen – überall lauert Verletzungsgefahr. Und wo sie fehlt, kann man sie sich leicht vorstellen. An der Ruhr-Universität Bochum dürfen wir keine Plakate mehr an die Türen kleben. Brandgefahr! Wer hat nicht schon einmal davon geträumt, dass eine Universität bis auf die Grundmauern niederbrennt? Neuerdings werde ich gebeten, meine Vorlesung zur Philosophie der Neuzeit mit einer Einführung in die Sicherheitsbestimmungen zu beginnen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.